

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Katharina Dröge, Anja Hajduk, Claudia Müller,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/27194 –**

Für Wirtschaftshilfen, die schnell, unkompliziert und zuverlässig helfen

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, der Wirtschaft angesichts der Corona-Pandemie schnell, unkompliziert und zuverlässig zu helfen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Wurden nicht erörtert.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/27194 abzulehnen.

Berlin, den 24. März 2021

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Klaus Ernst
Vorsitzender

Steffen Kotré
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Steffen Kotré

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/27194** wurde in der 215. Sitzung des Deutschen Bundestages am 4. März 2021 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag auf Drucksache 19/27194 stellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legt dar, nach einem Jahr COVID-19-Pandemie und mehreren Monaten im Lockdown sei die wirtschaftliche Situation bei vielen betroffenen Unternehmen extrem kritisch. Viele UnternehmerInnen hätten aufgrund der Corona-Maßnahmen seit Wochen und Monaten mit Umsatzausfällen zu kämpfen oder hätten ihren Betrieb vollständig schließen müssen. Die beschlossenen Hilfen müssten jetzt dringend fließen, damit wichtige Teile der Wirtschaft genug Liquidität haben, um die Krise überstehen zu können. Zudem hätten viele Soloselbstständige ein Jahr nach Beginn der Krise immer noch keinen Anspruch auf einen echten Unternehmerlohn.

Aus diesen und weiteren Gründen fordert die Fraktion die Bundesregierung auf,

1. die Auszahlung der Überbrückungshilfe III sowie November- und Dezemberhilfe massiv zu beschleunigen und die Beantragung einfacher auszugestalten;
2. dem Bundestag einen Stufenplan vorzulegen, der Transparenz und Verlässlichkeit darüber schafft, bei welchem Infektionsgeschehen welche Maßnahmen ergriffen werden;
3. die Konditionen der Überbrückungshilfe III deutlich zu verbessern,
4. einen echten Unternehmerlohn für Soloselbstständige in Höhe von 1.200 Euro einzuführen, sodass im Rahmen aller Hilfsprogramme ein existenzsichernder Anteil für die Lebenshaltungskosten abrechenbar ist, zusätzlich auch Krankenkassenkosten berücksichtigt werden und diese Regelungen auch rückwirkend gelten;
5. großzügige Stundungen bei den Rückzahlungen der Soforthilfen zu ermöglichen, die aufgrund unklarer Konditionen falsch beantragt wurden und eine Kriminalisierung der AntragstellerInnen zu vermeiden;
6. im Rahmen der November- und Dezemberhilfe die Gleichstellung und Förderung aller gastronomischen Betriebe herzustellen, indem auch diejenigen Betriebsteile von Mischbetrieben als direkt betroffen definiert werden, die die im Mischbetrieb selbst produzierten Lebensmittel in ihrem Gastronomiebetrieb zum Verzehr anbieten;
7. das Kurzarbeitergeld für niedrige Einkommen auf 90 Prozent des Nettolohns zu erhöhen und ein Mindestkurzarbeitergeld in Anlehnung an den gesetzlichen Mindestlohn einzuführen;
8. beim steuerlichen Verlustrücktrag für die Jahre 2020 und 2021 die Möglichkeit zu schaffen, entstandene Verluste bis zu einem Höchstbetrag von 10 bzw. 20 Millionen (in Fällen der Zusammenveranlagung) Euro über einen Zeitraum von bis zu vier Jahren zurückzutragen und diesen auch unterjährig sofort nutzbar zu machen;
9. um Unternehmen in der Krise bei Investitionen zu unterstützen, attraktive zeitlich befristete Abschreibungsbedingungen anzubieten;

10. die Beratung von Kleinunternehmen finanziell zu fördern, um diesen im Umgang mit den wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie ihre Handlungsoptionen, etwa hinsichtlich eines Insolvenzverfahrens oder bei Verhandlungen über eine Vertragsanpassung gemäß § 313 BGB, aufzuzeigen und die bestmögliche Lösung für deren individuelle Situation zu finden, hierfür ein Konzept vorzulegen sowie über das Beratungsangebot öffentlich zu informieren,
11. ein vereinfachtes Restrukturierungsverfahren für KMU vorzulegen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 19/27194 in seiner 135. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/27194 in seiner 125. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/27194 in seiner 93. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 19/27194 in seiner 115. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 19/27194 in seiner 67. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 19/27194 in seiner 111. Sitzung gemeinsam mit dem Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zu den aktuellen wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und den Hilfsprogrammen der Bundesregierung am 24. März 2021 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** würdigte die Bemühungen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, die Erschwernisse und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abzubauen. Allerdings komme es bei den Unternehmerinnen und Unternehmern nicht gut an, wenn ständig neue Programme aufgelegt würden. Bereits laufende Programme müssten ständig verbessert werden.

Die **Fraktion der SPD** hob insbesondere die Erfolge des Bundesministers für Arbeit und Soziales hervor, die Belastungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch das Kurzarbeitergeld abzufedern und forderte zudem eine Überbrückungshilfe IV.

Die **Fraktion der AfD** sprach die sogenannten „Force-majeure-Klauseln“ in internationalen Verträgen an. Was den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffe, so fordere jene Fraktion das Gleiche wie die Fraktion der AfD, beispielsweise die Berücksichtigung der Soloselbstständigen bei den Hilfen. Die Fraktion der AfD unterstütze die Forderung, einen Unternehmerlohn in Höhe von 1.200 Euro zu zahlen.

Die **Fraktion der FDP** äußerte, die Koalition agiere planlos, ratlos, mutlos. Auch die Formulierung „Chaos Corona Club“ träfe zu. Gerade im Tourismus könne von einer Untergangsstimmung die Rede sein. Dabei gehe es

nicht nur um Stornierungen, sondern auch durch eine wachsende Buchungszurückhaltung. Das Reisen werde in einem schlechten Licht dargestellt.

Die **Fraktion DIE LINKE.** vertrat die Meinung, noch nie habe eine Bundesregierung so desaströs agiert wie die jetzige. Sie sprach unter Widerspruch der Koalitionsfraktionen von einem Totalversagen. Es sei nicht erklärlich, dass man zwar nach Mallorca, aber nicht in ein Haus der Naturfreunde reisen dürfe. Die getroffenen Regelungen träfen auf immer weniger Zustimmung seitens der Bevölkerung.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** fragte nach der Unterstützung für Unternehmen, die ein Insolvenzverfahren durchliefen, aber keine Überbrückungshilfe erhielten. Sie erkundigte sich weiterhin nach den Betrugsfällen bei der Auszahlung von Hilfen und dem Stand der Ermittlungen. Mit Bezug zur aktuellen Situation sah die Fraktion die Gefahr, dass das Vertrauen in die Politik weiter erschüttert werde.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/27194 zu empfehlen.

Berlin, den 24. März 2021

Steffen Kotré
Berichterstatter

